

BStU



Zentralarchiv

**MfS - BdL** | Dok.

Nr. 003760

1. Exemplar

101498

BStU

000001

30/77

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT  
Der Minister

Berlin, den 24. 2. 1977

Vertrauliche Vervollständigungssache  
MfS 008 3/77  
778.A 1 Blatt

Dienstseinheiten  
Leiter

Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren für Einreisen mit Kraftfahrzeugen von Westberlin aus zum Aufenthalt in der Hauptstadt der DDR, Berlin

Mit Wirkung vom 1. 3. 1977 werden für Einreisen mit in nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin zugelassenen Kraftfahrzeugen von Westberlin aus zum Aufenthalt in der Hauptstadt der DDR, Berlin, Straßenbenutzungsgebühren erhoben.

Damit werden die geltenden Bestimmungen der "Verordnung über die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren für Kraftfahrzeuge" vom 6. September 1951 auch für Einreisen mit Kraftfahrzeugen von Westberlin aus in die Hauptstadt der DDR, Berlin, angewandt.

Diese Maßnahme dient der weiteren Festigung der Stellung der Hauptstadt Berlin als untrennbarer Bestandteil der Deutschen Demokratischen Republik.

Entsprechend den bisherigen Regelungen werden für die jeweils gesonderte Hin- und Rückfahrt zwischen Westberlin und der Hauptstadt der DDR Gebührensätze für die Fahrtstrecken bis 200 km gemäß Bekanntmachung vom 19. Dezember 1975 des Ministers für Verkehrswesen angewandt. (Zahlungsmittel fremder Währungen im Nennwert von 5,- M der DDR für eine Fahrtstrecke mit Pkw) Die Gebühr wird von den Grenzzollämtern an den für den Kraftfahrzeugverkehr zugelassenen Grenzübergangsstellen der DDR in der Hauptstadt der DDR zu Westberlin bei der Einreise erhoben.

Zur Umsetzung der getroffenen Regelungen und zur zuverlässigen Verankerung von Sicherheit und Ordnung

w e i s e i c h a n :

BSU

000002

- 2 -

1. Der Leiter der Hauptabteilung VI hat zu gewährleisten

- die reibungslose und sichere Kontrolle und Abfertigung der zum Aufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin, einreisenden Personen im operativen Zusammenwirken mit den Organen der Zollverwaltung der DDR entsprechend den getroffenen Regelungen,
- die Zurückweisung von Personen, die ablehnen, Straßenbenutzungsgebühren für die Einreise mit Kraftfahrzeugen in die Hauptstadt der DDR, Berlin, zu entrichten,
- die Verhinderung bzw. wirksame Unterbindung provokatorischer u. a. gegen die getroffenen Regelungen gerichteter feindlich-negativer Handlungen im engen operativen Zusammenwirken mit den Grenztruppen und den Organen der Zollverwaltung der DDR,
- die politisch-operative Einflußnahme auf die konsequente Durchsetzung der getroffenen Regelungen durch die Organe der Zollverwaltung der DDR,
- die Informationstätigkeit über besondere Vorkommnisse und Erscheinungen im Zusammenhang mit der Durchsetzung der getroffenen Regelungen entsprechend den geltenden dienstlichen Bestimmungen und Weisungen.

2. Die Leiter der zuständigen operativen Dienstseinheiten haben zu gewährleisten, daß die Reaktion des Gegners auf die getroffenen Regelungen erkundet wird, insbesondere durch den zielgerichteten Einsatz und die allseitige Nutzung der Möglichkeiten dafür geeigneter IM.

3. Die Leiter aller operativen Dienstseinheiten haben die politisch-operative Arbeit ihrer Dienstseinheiten darauf einzustellen, daß der Gegner seine Hetze gegen die DDR im Zusammenhang mit den getroffenen Regelungen verstärken wird. In der politisch-operativen Arbeit sind die Reaktionen und das Verhalten feindlich-negativer Kräfte zu beachten. Durch Nutzung aller inoffiziellen und offiziellen Möglichkeiten, insbesondere durch den zielgerichteten Einsatz von geeigneten IM, sind feindlich-negative Absichten rechtzeitig zu erkennen und wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten.

*Wetky*  
Generaloberst

Dieses Schreiben ist meiner Dienstanweisung Nr. 3/75 vom 6. 8. 1975, VVS MfS 008-732/75, beizufügen.